

Arbeiter-schichten aus eigener Kraft absolut nichts zu schaffen vermögen, und hier kommen die ländlichen Arbeiter zunächst in Frage. Wir werden ferner unsere agitatorische Thätigkeit erweitern müssen durch Gründung eines polnischen Arbeiterorgans. (Bravo.) Die polnische Arbeiter- und Industriebewegung ist weit stärker als wir gemeinlich glauben. Es ist ein Gegenstand der lebhaftesten Klage unter den Bergarbeitern in Rheinland und Westfalen, daß ihnen die polnisch sprechenden Bergarbeiter bei ihren Lohnbestrebungen die größten Hindernisse bereiten, und daß insbesondere das Centrum mit ganz besonderer Macht und Erfolg dieser polnisch sprechenden Arbeiter sich bemächtigt hat. Es sind sogar eigene polnisch sprechende Geistliche nach Rheinland und Westfalen geschickt worden, welche dort predigen und agitatorisch thätig sein müssen, um durch polnische Flugblätter die Arbeiter an sich zu fesseln. Dem gegenüber ist die Gründung eines polnischen Arbeiterorgans und die Verbreitung polnischer Flugblätter eine Nothwendigkeit.

Gebens werden wir aus allgemeinen Mitteln für die Herausgabe eines Parteiorgans für Elsaß-Lothringen Sorge tragen müssen. (Sehr gut.) Unsere Genossen in Elsaß-Lothringen sind dazu nicht im Stande, weil die dortige französische Pressegesetzgebung, die aber nach preussisch-deutscher Manier gehandhabt wird (Heiterkeit), dies außerordentlich erschwert. Weiter halte ich es im agitatorischen, parlamentarischen und sozialgesellschaftlichen Interesse für dringend nothwendig, daß dem Beispiel einer Reihe jüngerer Gelehrten entsprechend, überall in besonders durch schlechte Lage sich auszeichnenden Gewerbebezügen sozialstatistische Untersuchungen über die Lage der Arbeiter angestellt werden. Sie wissen, wie von unseren Gegnern allgemein bestritten wird, daß die Lage der Arbeiter so sei, wie wir sie darstellen. Ich bin überzeugt, daß eine solche statistische Untersuchung zu dem für unsere Gegner überraschenden Resultat führen wird, daß die Verhältnisse der meisten Arbeiter in der That viel schlechter sind, als allgemein angenommen wird. (Sehr richtig!) Das muß aber durch gewissenhafte Untersuchungen festgestellt werden, und dazu brauchen wir einen Generalstab tüchtiger und fähiger Leute, die für ihre Reisen und ihre Arbeiten unterstützt werden. Die Kosten werden zum Theil wieder aus dem Erlös der durch den Buchhandel zum Verkauf gelangenden Schriften, die auf Grund jener sozialstatistischen Untersuchungen erscheinen, eingebracht werden können. Sollten diese Arbeiten aber auch 10 und 20000 Mark und selbst mehr Zuschuß benötigen, so wäre dies kein Schaden; ich würde diese Anlage der Gelder für die nutzbringendste ansehen, die von der Partei gemacht werden kann. (Sehr wahr!)

So stehen also nach allen Richtungen der neu zu organisirenden Partei große Aufgaben bevor. Zeigen wir durch die Beratungen auch dieses Parteitagcs, daß wir uns vollkommen der weltgeschicht-

lichen Mission bewußt sind, die das Proletariat, und als Führerin des Proletariats, die Sozialdemokratie zugewiesen bekommen hat. Wir wollen den Gegnern, wie auch den zweifelnden Freunden in unseren eigenen Reihen, zeigen, daß unser Ruf ist: Vorwärts, vorwärts und immer vorwärts! (Stürmischer Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender Singer: Auf dem Parteitag in St. Gallen ist bezüglich einer Revisionskommission für die Prüfung der Kassenverhältnisse kein Beschluß gefaßt worden. Da zur Zeit, als die Einberufer die Abhaltung dieses Parteitages beschlossen haben, keine Körperschaft in Deutschland vorhanden war, der die Wahl der Revisionskommission übertragen werden konnte, hat die Fraktion es für richtig gehalten, ihrerseits drei Genossen in Deutschland mit dieser Aufgabe zu betrauen, es sind die Genossen Gest-Offenburg, Segiz-Jürth und Kloss-Stuttgart. Die Fraktion konnte diese Anordnung um so leichter irrefassen, als sie mit der Führung der finanziellen Geschäfte niemals etwas zu thun gehabt hat, vielmehr diese Angelegenheit einzig und allein dem Fraktionsvorstande, der gleichzeitig als Parteivorstand funktioniert, überlassen war. Die Fraktion war also, abgesehen von den den Parteivorstand bildenden Mitgliedern, in dieser Frage vollkommen uninteressirt.

Es wird also nach dieser Richtung ein Zweifel nicht erhoben werden können.

Namens der Revisionskommission nimmt nunmehr das Wort Genosse Gest: Dem Auftrage der Fraktion entsprechend, begaben wir uns vor 8 Tagen in die Schweiz und setzten den Kassenschrank unbeaufsichtigt in Zürich nieder. (Heiterkeit.) Wir hätten nicht wenig erstaunt über die Summen, welche sich uns darbieten und wir schweigten einen Augenblick in dem Gefühl, auch einmal Kapitalisten zu sein. (Heiterkeit.) Dieses Gefühl wich aber bald einem andern. Diese Zahlen, welche Bebel vorgetragen, beweisen, daß die Sozialdemokratie nicht nur eine starke Stirn und einen kräftigen Nacken, sondern auch ein Herz im Leibe hat, das in Liebe schlägt, denn diese Zahlen athmen Liebe gegenüber den Verfolgten und Gemährregelten; in dieser Beziehung können uns diejenigen, welche die christliche Liebe gepachtet haben, durchaus nicht das Wasser reichen. Die Prüfung der Kasse war keine leichte Aufgabe. Es ist auch selbstverständlich, daß bei den Verhältnissen, unter denen die Kasse geführt werden mußte, dies oder jenes nicht so klappen konnte, wie es vielleicht auf den ersten Blick klappen sollen. Wir haben einige Ungenauigkeiten und Irrthümer in den Büchern gefunden und richtig gestellt und können nun den Antrag stellen, daß der Parteitag dem Parteirechner Decharge ertheile und ihm die Anerkennung ausspreche, daß er als Kriegsminister und

Kassenhhaber es gut verstanden hat, die Kasse vor dem Feinde stets sicher zu stellen. (Geiterkeit und Beifall.)

In der nunmehr eröffneten Diskussion über den Bebel'schen Bericht lenkt Trautwein-Duedlinburg die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die schlimme Lage der ländlichen Arbeiter unter der jetzigen Gesindeordnung, deren Beseitigung die Fraktion in erster Linie anstreben müsse. (Beifall.)

Schmidt-Berlin beantragt eine Kommission von 9 Mitgliedern zu wählen, welche die Streitigkeiten zwischen der Fraktion und den Berliner Parteigenossen zu regeln hat. Es ist nicht notwendig, daß wir diese Angelegenheiten im Plenum, vielleicht zum Gaudium unserer Feinde, besprechen. Aber es muß über die Sache Klarheit geschaffen werden; das geschehe aber am besten in einer Kommission.

Der Vorsitzende hält es für zweckmäßiger, diesen Antrag an der Stelle zu beraten, wo die Anträge aus der Mitte des Parteitages zur Berathung kommen. In diesem Stadium der Verhandlung können nur etwaige Bedenken gegen die Parteileitung zur Sprache kommen, nicht aber persönliche Streitigkeiten. Der Antrag Schmidt könne nur als selbstständiger Antrag behandelt werden.

Schmidt hält seinen Antrag aufrecht. Von Seiten der Parteileitung und der Fraktion ist der Vorwurf erhoben worden, daß ein großer Theil der Genossen sozusagen mit der Polizei in Verbindung steht (große Unruhe; Glocke des Präsidenten).

Vorsitzender: Ich kann nicht zugeben, daß dieses Thema in der Breite hier verhandelt wird. Will aber der Genosse Schmidt nicht Abstand nehmen, so mag er seinen Antrag schriftlich einreichen. Der Antrag wird dann geschäftsordnungsmäßig erledigt werden.

Schmidt: Dies wird sofort geschehen.

Wilschke-Berlin (zur Geschäftsordnung): Man sollte doch die Vorurtheile gegen die Berliner Genossen fallen lassen. Wenn wirklich von den Berliner Genossen ein Votz geschossen worden ist . . .

Vorsitzender: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung.

Wilschke: Ich wünsche nur, daß Redewendungen, wie vorhin gegen Gen. Werner, welche persönliche Zwistigkeiten oder Störungen hervorrufen könnten, vom Bureau unterdrückt werden.

v. Vollmar bittet dem Antrage Schmidt statt zu geben. Es werde damit vermieden, daß diese Angelegenheiten mit der eigentlichen Debatte über den Bebel'schen Bericht verquickt werden. Es werde damit der Sache die persönliche Spitze abgebrochen, und er zweifle nicht, daß sie in der Kommission befriedigend erledigt werden. (Zustimmung.)

H

Bebel: Es thut mir leid, daß ich dem Gen. Vollmar entgegen treten muß, weil ich auch beim besten Willen nicht zu sehen vermag, was der Berliner Freund will und warum er Ursache hat, sich zu beschweren. Eine Animosität gegen die Berliner liegt nicht vor, sie sind ja auch hier genügend vertreten. Ebenso weiß ich nichts von persönlichen Streitigkeiten zwischen der Parteileitung und den Berliner Genossen. Ich bestreite, daß Schmidt da im Namen der Berliner Genossen sprechen kann. Hat das eine oder andere Fraktionsmitglied Berliner Genossen beleidigt oder verletzt, dann möge man bestimmte konkrete Thatfachen und Personen anführen, und dann wollen wir die Kommission wählen. Wir können aber keine Kommission wählen, wo wir gar nicht wissen, was in dieser Kommission verhandelt werden soll. Bis jetzt liegt nichts vor, was bei den nächstfolgenden Punkten der Tagesordnung nicht hier vor offenem Plenum verhandelt werden wird. Es sind das Kontroversen in Bezug auf die Parteitaktik, die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion u. f. w. Da wird die Fraktion Rede und Antwort stehen. Eine solche Kommission müßte die Fraktionsmitglieder als Angeklagte oder Zeugen vernehmen, und was kommt schließlich heraus? Ich weiß es nicht, denn soweit es sich um allgemeine Angelegenheiten handelt, gehören sie überhaupt vor den Parteitag, soweit es sich aber um persönliche Reibereien handelt, müssen diese hier kurz angeführt werden, damit der Parteitag genau entscheiden kann, ob es der Mühe werth ist, eine solche Kommission zu wählen.

Stolle-Gesau glaubt, daß nur solche Anträge angenommen werden dürfen, welche mit dem Punkt der Tagesordnung direkt zusammenhängen.

Der Antrag Schmidt-Berlin wird hierauf mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Diskussion wendet sich wieder zu dem Bebel'schen Bericht.

Haburg-Potsdam wünscht ein möglichst billiges Parteiblatt für die ländlichen Arbeiter. Es sei dankbar anzuerkennen, daß die großen Städte, namentlich Berlin, die Agitation in den ländlichen Kreisen unterstützt hätten, es sei aber sein, des Redners, Wahlkreis dabei nicht berücksichtigt worden.

Werner-Berlin: Parteigenossen! Als die große Versammlung in der Lips'schen Brauerei in Berlin stattfand, wandte ich mich zum Schlusse derselben an Genossen Singer mit der Frage: soll hier durch diese Resolution die Meinung der Berliner Genossen irgendwie in Frage gestellt, den Berliner Genossen ein Maulkorb umgelegt werden? Da erklärte Singer, nein, dies wird nie und nimmermehr stattfinden. Den Genossen Bebel hat ich in derselben Versammlung, er möge der vermeintlichen Opposition doch wenigstens Gehör schenken — sonderbarer Weise stand an den Sitzsäulen: große

H